

Vorstoß von CDU-Politiker

Internetsperren für Killerspiele gefordert

Kaum hat der Bundestag das Internetsperr-Gesetz gegen Kinderpornografie verabschiedet, schon passiert, was die Zensurgegner befürchteten: CDU-Politiker Strobl will Sperren auf Killerspiele ausweiten.



Gibt "Zensursula"-Kritikern recht: CDU-Politiker Strobl. Foto: dpa

BERLIN *afp/taz* | Wenige Stunden nach der Entscheidung des Bundestages für Internetsperren gegen Kinderpornografie werden aus der CDU Forderungen nach einer Anwendung der Sperren auch auf andere Bereiche erhoben.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und baden-württembergische CDU-Generalsekretär Thomas Strobl brachte im *Kölner Stadt-Anzeiger* vom Freitag solche Sperren auch für "Killerspiele" im Internet ins Gespräch. "Wir prüfen das ernsthaft", sagte Strobl. "Wenn es einen Nachweis gibt, dass sich Killerspiele negativ auf das Verhalten Jugendlicher auswirken, dann kann das Internet kein rechtsfreier Raum sein".

Keine vollkommen neue Äußerung Strobls: Schon vor einer Woche schrieb er auf dem Politiker-Befragungportal abgeordnetenwatch.de: "In jedem Fall sollte aber meines Erachtens in der Debatte, welche Maßnahmen zur Gewaltprävention ergriffen werden, die von den Bundesministern von der Leyen und Schäuble vorgeschlagene Sperrung von kinderpornografischen Seiten im Internet mit Blick auf Killerspiele neu diskutiert werden."

Der Bundestag hatte am Donnerstagabend ein Gesetz beschlossen, wonach Websites mit Kinderpornos über die großen Internetanbieter in Deutschland künftig nicht mehr aufgerufen werden können. Versucht jemand die entsprechenden Seiten aufzurufen, soll künftig stattdessen ein Stoppschild erscheinen.

MLA

<http://www.taz.de/nc/1/politik/schwerpunkt-ueberwachung/artikel/1/internetsperren-fuer-killerspiele-gefordert>

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags